



Agrarbündnis Niedersachsen

Forderungspapier zur Agrarministerkonferenz (AMK) März 2017

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert die Agrarminister des Bundes und der Länder auf, endlich mit einer ökologischen, fairen, bäuerlichen Agrarpolitik ernst zu machen.

Die Agrarwende, die Bundesländer wie Niedersachsen in den vergangenen Jahren gestartet haben, muss bundesweit von Bundesregierung und Landesregierungen aufgenommen und ernsthaft weiterentwickelt werden.

Wir fordern Bundeskanzlerin Merkel auf, sich einzuschalten und die Blockadehaltung des Bundesministers Schmidt gegen eine Politik für bäuerliche Betriebe, mehr Tier- und Umweltweltschutz und globale Verantwortung aufzuheben.

Die Zivilgesellschaft muss bei der Gestaltung der Agrarpolitik in Deutschland und Europa beteiligt werden.

Umschichtung und Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Die Agrarförderung wird zum großen Teil durch Basisprämien an die Fläche gebunden. Wer viel Fläche hat, bekommt viel Prämie. Nur marginale ökologische Leistungen werden mit diesen Subventionen verbunden. Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert, diese Mittel verstärkt für die Honorierung ökologischer Leistungen zu verwenden und auf kleine und mittlere Betriebe, den ökologischen Landbau und Agrarumweltmaßnahmen zu konzentrieren. Der Spielraum für Umschichtung der Förderung von der ersten in die zweite Säule soll umgehend genutzt werden. Statt der bisherigen 4,5 %igen Umschichtung fordert der Zusammenschluss die nach EU-Recht möglichen 15 % der eingesetzten Mittel umzuschichten. Der von der EU ermöglichte Aufschlag auf die ersten Hektare ist von jetzt 7% auf 30% zu erhöhen, um die bisherigen Verlierer der Europäischen Agrarpolitik – die kleinen und mittleren Höfe – deutlich zu stärken und den Strukturbruch in der Landwirtschaft zu stoppen.

Die umgeschichteten Mittel sollen auch zum Erhalt des Grünlandes durch Weidenutzung eingesetzt werden, damit die Klima-, Wasser- und Biodiversitätsschutz-Wirkung des Grünlandes honoriert und erhalten bleibt. Bäuerliche Milchviehhaltung erhält so Vorrang gegenüber Tendenzen agrarindustrieller Milchproduktion.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert, dass zivilgesellschaftliche Anliegen bei der Entwicklung und Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik stärker berücksichtigt werden und der lange von der Politik versprochene Bürokratieabbau umgesetzt wird.

Milchkrise

Die Milchkrise und ihre verheerende Wirkung auf die Milchviehbetriebe sind nicht bewältigt. Auch wenn sich die Preise kurzfristig erholt haben, sterben Höfe aufgrund der desolaten Milchmarktpolitik. Kostendeckende bzw. gewinnbringende Erlöse können nach wie vor für das hochwertige Produkt Milch nicht erzielt werden. Die notwendigen Mengenregulierungen sind in Deutschland und europaweit verschleppt worden. Die Exporte der Überschüsse haben weltweit fatale Folgen. In Ländern wie Nigeria und Burkina Faso zerstört billiges Milchpulver aus der EU lokale Märkte und Existenzen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert die Agrarminister der Länder und des Bundes auf, die Marktkriseninstrumente zur Mengenregulierung zu nutzen, um erneut drohende Milchkrisen zu verhindern und das Höfesterben zu stoppen. Die deutlichen Hinweise des Bundeskartellamtes, dass die Lieferbedingungen der großen Genossenschaftsmolkereien sich gegen die Milchbauern richten, müssen von Bund und Ländern aufgegriffen werden, um den Molkereien gesetzliche Vorgaben für eine faire Vertragsgestaltung zu machen.

Ökolandbau

Der Ökolandbau ist gezielt weiterzuentwickeln und auszubauen. Das Ziel des Bundes von 20 % Ökolandbau ist mit konkreten Maßnahmen und Mitteln in Bund und Ländern zu hinterlegen. Für die Durchfinanzierung der erforderlichen Flächenprämien sind auch bei steigendem Flächenanteil ausreichend Mittel vorzuhalten. Der Anteil der Agrar-Forschungsmittel für den Ökologischen Landbau in Bund und Ländern ist umgehend auf 20 % anzuheben.

Die mehrjährigen Verhandlungen zum Entwurf der EU Kommission sind in der Sackgasse und belasten die Entwicklung der Biobranche. Entgegen der Voten der Biobranche und der Amtschefs der Länder trägt Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt weiter maßgeblich dazu bei, dass die Verhandlungen weiter geführt werden. Das Agrarbündnis fordert den Bund und die Länder auf, die Verhandlungen zur Revision der EU-Öko-Verordnung während der jetzigen EU-Ratspräsidentschaft zu stoppen und einen Neustart auf der Basis des bestehenden Rechts zu ermöglichen.

Nationale Nutztierhaltungsstrategie, Haltungskennzeichnung, Kastenstände

Die agrarindustrielle Tierhaltung hat den Schutz der Tiere und der Umwelt über Jahrzehnte außer Acht gelassen. Bäuerliche Tierhaltung wurde aufgrund der Konzentration durch agrarindustrielle Massentierhaltungen verdrängt. Tierschutzgesetze wurden umgangen, vom Staat nicht durchgesetzt und Ausnahmen wurden zur Normalität. Mit dem Tierschutzplan in Niedersachsen sind beispielhafte Impulse für mehr Tierschutz in den Ställen entwickelt worden. Dieser muss als Vorlage für bundeseinheitliche Tierschutzregelungen gelten. Die Anregungen des Tierschutzplanes sowie des Kompetenzkreis Tierwohl des Bundes sind in einer nationalen Nutztierstrategie zusammenzuführen. Diese Vereinbarung muss Änderungen des Ordnungsrechtes, der Umbauförderung und der Marktverhältnisse z.B. durch Haltungskennzeichnungen und Konzentrationsabbau beinhalten.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert die Agrarminister der Länder und des Bundes auf,

- den Tierschutzplan des Landes Niedersachsen als Mindeststandard für bundesweite, verbindliche Regelungen zu nutzen bzw. die Forderungen aus dem Gutachten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zu einer akzeptierten Nutztierhaltung umzusetzen;

- einen klaren Finanzrahmen zum Umbau der Tierhaltung mit den Bauern aufzuzeigen und auch Beratung zu finanzieren, die den Umbau wirtschaftlich gerade auch für die kleineren und mittleren Betriebe ermöglicht,
- Nutztierhaltungsverordnungen für Puten und Milchkühe zu erlassen sowie den Ausstieg aus der Kastenstandhaltung der Sauen vorzuschreiben;
- Festmistsysteme und Weidehaltungen nicht durch zusätzliche Umweltauflagen vor weitere Herausforderungen zu stellen. Bei weiteren Regelungen (TA Luft, Düngegesetzgebung) sind spezifische Beurteilungen für tiergerechte Freilandssysteme zu entwickeln und insbesondere kleine Gemischtbetriebe nicht unangemessen zu belasten.

Geflügelgrippe

Durch hohe Besatzdichten, die Konzentration großer Tierbestände in bestimmten Gebieten, sowie die Zucht von Tieren auf einseitige Höchstleistung und die damit einhergehende Verringerung der Abwehrkräfte, nehmen Tierseuchen wie die Geflügelgrippe zu. Die Weiterverbreitung der für den Menschen bisher ungefährlichen Geflügelgrippe kann aus unserer Sicht nicht in erster Linie auf die Wildvogelpopulation geschoben werden. Eine Ursache liegt höchstwahrscheinlich auch im internationalen Handel und in der Nichteinhaltung der Biosicherheitsmaßnahmen. Nach den gesetzlichen Regelungen werden solche Krankheitsausbrüche mit massenhaften Tötungen (Keulungen) tausender von Tieren begegnet, in der Hoffnung, die Weiterverbreitung damit unterbinden zu können. Dabei sind im großen Umfang auch nicht erkrankte Tiere betroffen, eine ethisch nicht zu vertretende Vorgehensweise.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert die Agrarminister der Länder und des Bundes auf, die Erforschung der Ursachen und Verbreitungswege insbesondere bei der Geflügelgrippe zu verstärken und Impfungen als Instrument der Seucheneindämmung zu prüfen und ggf. zuzulassen. Die Wirksamkeit der Stallpflicht für Freilandhaltungen ist strittig und belastet insbesondere tiergerechte und ökologische Haltungsformen. Die Notwendigkeit der Stallpflicht soll auf das notwendige Maß reduziert werden.

Pestizide

Der Absatz von Pestizidwirkstoffen in Deutschland wächst. Glyphosat und Neonicotinoide sind trotz ihrer Wirkung u.a. auf die Artenvielfalt europaweit immer noch zugelassen. Zulassungsverfahren von Wirkstoffen und Mitteln berücksichtigen die ökologischen Wirkungen nicht ausreichend. Die Verbreitung von Pestiziden durch die Luft über große Strecken ist weitgehend unerforscht.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert die Agrarminister auf, eine nationale Ackerbaustrategie mit dem Ziel einer flächendeckenden Ökologisierung des konventionellen Ackerbaus vorzulegen. Es sind Anreizsysteme und Beratung notwendig, um zu einem bäuerlich ökologischem Ackerbau zu kommen.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert die Totalherbizide Glyphosat und Glufosinat nicht wieder zu zulassen sowie die systemischen Insektiziden der Neonicotinoide zu verbieten. Bund und Länder sollen eine Abgabe auf Pestizide einführen, um den Einsatz ökonomisch uninteressanter zu machen. Die Zulassungsverfahren von Wirkstoffen und Pflanzenschutzmitteln müssen ökologische und Kombinations- und Langzeitwirkungen berücksichtigen.

Nährstoffüberschüsse

In diesen Tagen ist nach jahrelangen Verschleppungen das Düngegesetz verabschiedet worden. Ende März wird die Düngeverordnung erlassen.

Der voraussichtlich zustande kommende Kompromiss ist ein wichtiger Schritt vorwärts, sorgt aber noch nicht für ausreichenden Schutz der Umwelt, insbesondere des Bodens, der Oberflächengewässer und des Grundwassers.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert die Länder auf, die nun endlich vorliegenden rechtlichen Rahmenbedingungen umgehend umzusetzen, um weitere Verschmutzungen der Gewässer und des Bodens durch Nährstoffüberschüsse einzudämmen.

Freihandel

Das Freihandelsabkommen mit Kanada „CETA“ ist zwar durch das Europaparlament verabschiedet, muss aber jetzt noch von den Parlamenten der einzelnen Mitgliedsstaaten beschlossen und ratifiziert werden.

Insbesondere wegen der Gefährdung der Lebensmittelstandards in Europa und dem steigenden Preisdruck auf die Erzeuger, der durch erhöhte Importquoten auf beiden Seiten des Atlantiks durch das Abkommen entstehen wird, lehnen wir dieses Freihandelsabkommen ab.

Das Agrarbündnis Niedersachsen fordert daher die Agrarminister der Länder und des Bundes auf, zum Schutz der Verbraucher und der bäuerlichen Landwirtschaft das Abkommen abzulehnen.

Forderungen des Agrarbündnisses Niedersachsen zur AMK Hannover

- Umschichtung der EU Agrarsubventionen für mehr Umwelt- und Tierschutz und Begünstigung kleiner und mittlerer Betriebe in der laufenden Gemeinsamen Agrarpolitik der EU und eine grundlegende Neuausrichtung der GAP ab 2020 nach ökologischen und sozialen Kriterien
- Berücksichtigung zivilgesellschaftlicher Anliegen sowie Bürokratieabbau
- Marktkriseninstrumente zur Mengenregulierung, um Erzeugerpreisrutsch bei Überschuss-situationen zu verhindern. Gesetzliche Vorgaben für eine faire Vertragsgestaltung schaffen
- Exportüberschüsse in Länder des Südens müssen gestoppt werden, um lokale Märkte und Existenzen von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nicht zu zerstören
- Konsequente Umsetzung des Ziels der Bundesregierung für einen Ausbau des Ökolandbaus auf 20 %
- Abbruch der Verhandlungen zur Revision der EU-Öko- Verordnung und Neustart auf Basis des bestehenden Bio-Rechts
- Erarbeitung einer nationalen Nutztierstrategie und ein klarer Finanzrahmen von Bund und Ländern für den notwendigen Umbau in der Tierhaltung
- Ursachenforschung über Quellen und Seuchengänge bei der Geflügelgrippe, Seuchenbekämpfung durch Impfen prüfen statt Keulen, Stallpflicht aufheben
- Nährstoffüberschüsse eindämmen – Nationale Stickstoffminderungsstrategie und konsequente Umsetzung des Düngegesetzes und der Düngeverordnung durch Bund und Länder, um Boden, Wasser, Luft und Artenvielfalt zu schützen
- Vorlegen einer nationalen Ackerbaustrategie und die nicht Wiederzulassung von Glyphosat, Glufosinat und das Verbot der Neonikotinoiden. Reduktion des Pestizideinsatzes, Schaffung von Anreizsysteme und Beratung. Einführung einer Pestizidabgabe!
- CETA muss in Deutschland von Bundesrat und Bundestag abgelehnt werden

Organisationen des Agrarbündnis Niedersachsen

Arbeitsgemeinschaft für artgerechte Nutztierhaltung e.V.; ALSO Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg e.V.; attac Hannover; Bauernhöfe statt Agrarfabriken - Landesnetzwerk Niedersachsen; Bioland Landesverband Niedersachsen/ Bremen e.V.; Bundesverband Deutscher Milchviehhalter e.V. (BDM); Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V. (BUND) Landesverband Bremen; Bund für Umwelt- und Naturschutz e.V. (BUND) Landesverband Niedersachsen; Bürgerinitiative Flotwedel; Bürgerinitiative Lahstedt-Ilsede für Tier, Mensch und Umwelt; Bürgerinitiative Wietze e.V.; Demeter im Norden - Bäuerliche Gesellschaft e.V.; Die Freien Bäcker e.V.; Landesverband Niedersachsen des Deutschen Tierschutzbundes; Naturschutzbund Deutschland e.V. (NABU) Landesverband Niedersachsen; pro M.U.T - Verein für Mensch Umwelt Tiere e.V.; Slow Food Convivien Braunschweig und Hannover; Tierärzte für verantwortbare Landwirtschaft e.V.; Junge ABL; Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen e.V.